



Clemens SCHRAMMEL clemens.schrammel@caritas-stpoelten.at



SOZIALHILFE – NEU in NIEDERÖSTERREICH

EIN GEDRÄNGTER ÜBERBLICK







Rechtliche Grundlagen

- Sozialhilfe Grundsatzgesetz, in Kraft getreten am 01.06.2019
- NÖ SAG Sozialhilfeausführungsgesetz, in Kraft ab 01.01.2020
- Eigenmittel-VO
- Richtsatz-VO







Wer ist anspruchsberechtigt?

§ 5 NÖ-SAG

- soziale Notlage
- Hauptwohnsitz und Aufenthalt in NÖ
- zu dauerndem Aufenthalt in Österreich berechtigt
- keine weiteren Möglichkeiten







Einsatz eigener Mittel

jedes eigene Einkommen

- <u>nicht</u> Pflegegeld, Familienbeihilfe und Ausbildungsbeihilfen

jedes eigene Vermögen

- <u>nicht</u> bis 6-fache des Netto-Ausgleichzulagenrichtsatzes (2021: € 5.696,76)
- <u>nicht KFZ</u>, wenn notwendig
- <u>nicht</u> wenn Notlage ausgelöst wird
- <u>nicht</u> Eigenheim







Einsatz der Arbeitskraft

§ 9 NÖ-SAG

- bereit für eine zumutbare Beschäftigung
- Fähigkeit und Zumutbarkeitskriterien des AlVG Arbeitswilligkeit durch Meldung bei AMS
- Gemeinnützige Arbeit muss angenommen werden







Kein Einsatz der Arbeitskraft

§ 9 Abs 7 NÖ-SAG

- Regelpensionsalter nach ASVG
- Betreuungspflichten
- Betreuung v. Pflegefall (Stufe 3), Sterbebegleitung oder schwerst erkrankte Kinder
- Ausbildung
- Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- oder Erwerbsunfähigkeitspension
- ähnlich schwere Gründe







Leistungen Dritter

§ 8 NÖ-SAG

- SH-Leistungen nur soweit Bedarf nicht durch Dritte gedeckt
- Einkommen von im Haushalt lebenden unterhaltpflichtigen Angehörigen und Lebensgefährt*innen bis zu deren Mindeststandard (70 %) zu berücksichtigen
- Unterhaltsansprüche müssen verfolgt werden
- Zuwendungen Dritter ohne Rechtsgrund (z.B.: Schenkungen oder Unterstützung durch NGOs) nur im Einzelfall anrechenbar







Leistungen I

§ 12 iVm § 14 Abs 2 NÖ-SAG

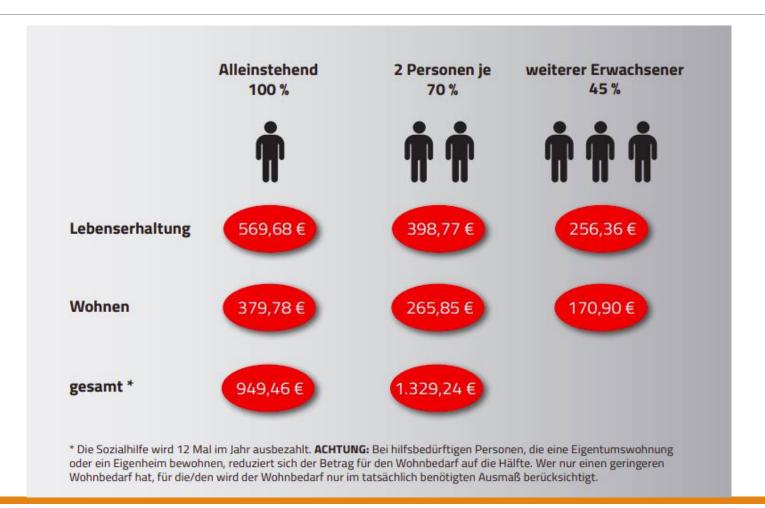
- notwendiger Lebensunterhalt 60 %
- Deckung des Wohnbedarfs 40 % mit Heizung und Strom, als Sachleistung (Direktüberweisung)
- Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung
- Bestattungskosten
- Zusatzleistung auf privatrechtlicher Basis (Der "Hibl" für SH-Bezieher)







Leistungen II









Leistungen III

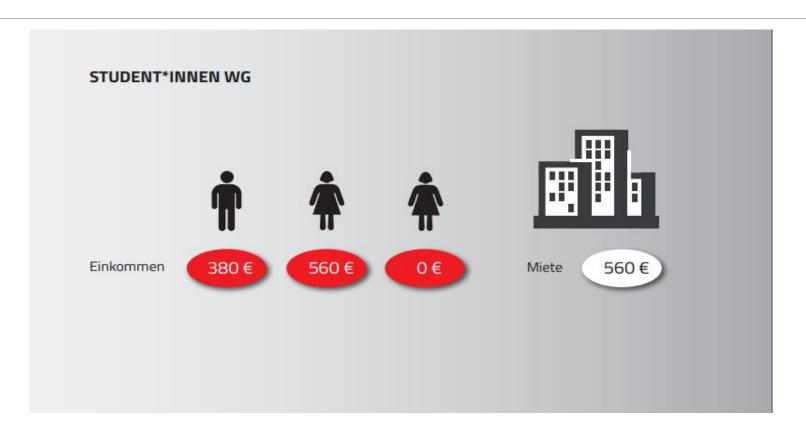








Beispiele I



- alle 3 Studierenden betreiben ein berufsbegleitendes Studium







Lösung I

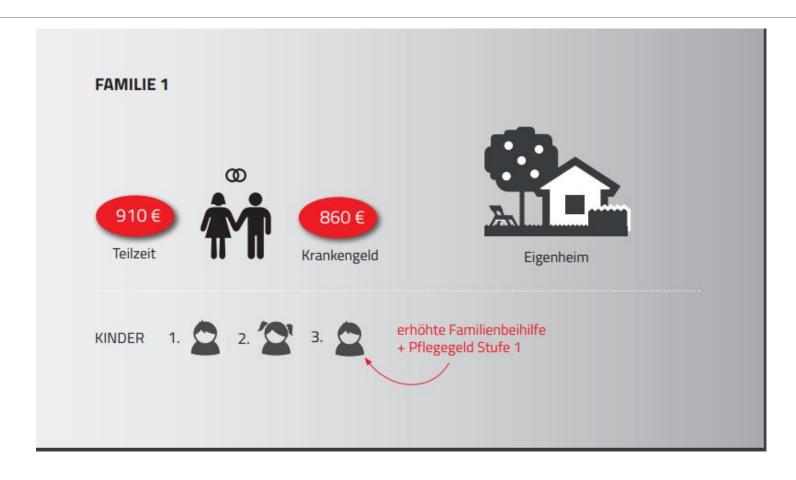
	Student 1	Studentin 2	Studentin 3
Lebenserhaltungskosten	€ 398,77	€ 398,77	€ 256,36
Wohnen	€ 186,67	€ 186,67	€ 170,90
Summe	€ 585,44	€ 585,44	€ 427,26
Einkommen	- € 380,00	- € 560,00	- €0,00
Sozialhilfe	€ 205,44	€ 25,44	€ 427,26
Lebenserhaltungskosten 60%	€ 123,26	€ 15,26	€ 256,36
Wohnen 40%	€ 82,18	€ 10,18	€ 170,90







Beispiele II









Lösung II

Richtsätze	Mutter	Vater
LE-Kosten	€ 398,77	€ 398,77
Wohnen	€ 132,93	€ 132,93
Summe	€ 531,70	€ 531,70

	Kind 1	Kind 2	Kind 3
RS Kind	€ 142,42	€ 142,42	€ 142,42
Behindertenzuschlag			€ 170,90
Summe	€ 142,42	€ 142,42	€ 313,32

Summe RS SH

1.661,56 1.661,56

Einkommen

€ 1.770,00 (**€** 910,00 + **€** 860,00)

- € 108,44 kein Anspruch auf SH







Leistungen IV – Freibetrag (Wiedereinsteigerbonus)

§ 17 NÖ-SAG

- mindestens einmonatiger Bezug
- Erwerbstätigkeit
- höchstens für 12 Monate
- kein Freibetrag in den letzten 5 Jahren
- 35 % des Nettoeinkommens







Pflichten

§ 29 NÖ-SAG

- Meldung jeder bekannten Änderung der für die Leistung maßgeblichen Umstände z.B.: Einkommen, Wohnsituation, Aufenthalt,
- Rückerstattungspflicht bei zu Unrecht bezogenen Leistungen Möglichkeit der Stundung und Nachsicht
- Rückerstattung auch wenn man nachträglich zu Vermögen kommt, es sei denn durch eigene Erwerbstätigkeit







Sanktionen

§ 11 NÖ-SAG

- bei mangelndem Arbeitseinsatz: 50% Kürzung für mind. 4 Wochen oder Dauer der AMS-Sanktion
- bei § 10 AlVG: keine Aufstockung
- bei Integrationsverletzung: 25% Kürzung für mindestens 3 Monate







Verfahren

§ 21 ff NÖ-SAG

- Antrag auf Gemeinde, BH oder Magistrat
- Entscheidungsfrist von drei Monaten
- Beschwerden an Landesverwaltungsgericht Niederösterreich (LVwG)
- (schneller) Mandatsbescheid in Einzelfällen
- kostenfrei
- Befristung auf max. ein Jahr außer dauerhafte Erwerbsfähigkeit







Umsetzung & Eigenmittel-VO

- Sonderzahlungen (13. & 14. Gehalt) werden als Einkommen angerechnet
- schwankende Überweisungshöhe bei Wohnanteil
- Vorrang Sachleistung
- keine Leistung auf privatrechtl. Basis
- Berechnung nicht immer nachvollziehbar







Zusammenfassung

- keine "revolutionären" Änderungen
- Kürzungen für fast alle Betroffenen
- mehr Geld für alleinerziehende Eltern von Minderjährigen und Menschen mit Behindertenpass – jedoch sehr relativ
- Spielraum für Besserstellungen nicht genutzt
- weitere verfassungsrechtliche Bedenken: Integrationspflichtsperre mind. 3 Monate, Richtsätze ab 3 vollj. Personen, Zuschlag für Alleinerziehende







WIR DANKEN!